Einzelpreis 300 Mark

Bezugs-Preise:
Inland: durch Post monatlich 1000 Mk., durch Kreuzband vierteljährlich 3000 Mk.
Ausland: Beim Verlag: Berlin SW 11, Dessauerstr. 6 z. erfrag.

Anzeigen-Preise:
Für die 1spaltige Millimeter-Zeile 75 Mk., eine ganze Seite 300 000 Mk. Bei Platzvorschrift entsprechend Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Kleine Anzeigen: das Ueberschrift-Wort 300 Mk., jed. weit. Wort 100 Mk.

Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6, entgegen. Fernsprecher: Amt Lützow 8053. Bank-Konto: Darmstädter- und Nationalbank, Berlin, Potsdamer Straße 56. Postscheck-Konto: Berlin 86714
Unverlangt. Manuskript ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 22 | Sonnabend, den 2. Juni 1923 | 4. Jahrgang

Inhalt: Mein Leipzig lob' ich mir. — Kommunistisches. — Eine trübe Erinnerung. — Der jüdische Zentralverein und Herr Kaplan Murawski. — Der Prozeß Mierendorff und seine Lehre. — Herr Scheidemann in Bild und Schrift.

Mein Leipzig lob' ich mir.

Der „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" hat in den letzten Wochen so zahlreiche Verurteilungen ausgesprochen und so harte Strafen verhängt, daß die jüdische und jüdisch inspirierte Presse außer sich vor Freude ist. Im allgemeinen gehen die Anzeigen bezw. Anklagen, wie sie im Durchschnitt der letzten Monate vorliegen, hauptsächlich auf drei Kategorien zurück: Beleidigung usw. gegen den Reichspräsidenten Ebert, ferner gegen die Republik und gegen den ermordeten Minister Dr. Rathenau. Punkt 2 und 3 wiederum gehören in dieselbe Hauptkategorie. Diese trägt die Ueberschrift: Judentum.

In den Zeiten der Monarchie wurde der Majestätsbeleidigungsparagraph um so weniger angewandt, je älter Kaiser Wilhelm II. wurde. Auf seine Veranlassung wurden überhaupt nur solche Fälle noch strafrechtlich verfolgt, welche einen überlegten Dolus erkennen ließen, vornehmlich nicht auf Temperamententgleisung und Alkohol zurückzuführen waren. Auch nach erfolgter Verurteilung waren Begnadigungen an der Tagesordnung. Die Strafen waren in der Regel niedrig und in der Durchführung sehr milde. Größte Rücksicht wurde auf den Beruf des Bestraften genommen. Ein Beispiel: Harden verfolgte sein Ziel der Unterwühlung der Monarchie und des monarchischen Gedankens besonders auch durch seine öffentliche Stellungnahme gegen die Person des letzten Kaisers. Er arbeitete systematisch, überlegt, frech und raffiniert. In einem besonders krassen Fall wurde er, um die Jahrhundertwende zu ungefähr einem Jahre Festungshaft verurteilt. Die gesamte linke Presse, bis über die Mitte nach rechts hin, fand die Härte dieser Strafe empörend: es handle sich doch um einen weitbekannten Schriftsteller, durch die Festungsstrafe werde er in seinem Berufe geschädigt, im geistigen Kampfe der Meinungen dürfe überhaupt nicht bestraft werden usw. Harden selbst jammerte laut. Dabei handelte es sich wie gesagt um Festungsstrafe, überhaupt beinahe ausnahmslos sonst bei politischen Vergehen. Auch dann wurden noch Erleichterungen gewährt, die Berufsarbeiten wurden gestattet, freie Verpflegung, Spaziergänge, Beurlaubungen. Aehnliches galt sogar bei den Gefängnisstrafen. Bebel hat in späteren Jahren wiederholt gesagt, seine Bestrafungen wegen politischer Vergehen wären ihm Zeiten der Erholung von den Anstrengungen der politischen Agitation gewesen. Diesen Zeiten der Ruhe verdanke er vor allem, daß er die Lücken seiner Bildung bis zu einem gewissen Grade habe ausfüllen können. Dasselbe haben zahlreiche seiner Genossen in angenehmer Erinnerung an die Wochen und Monate, die sie „auf Staatskosten leben" durften, gesagt. Alles in Allem herrschte unter dem verruchten alten Regime für derartige Vergehen, besonders das der Majestätsbeleidigung, das Bestreben zu milder Auffassung des Vergehens und große Humanität in der Handhabung der Strafe selbst. Gleichwohl hat die gesamte linke Presse im Namen der Freiheit des Gedankens und der Rede Jahrzehnte lang ohne Aufhören dem Kaiser und den Regierungen gesagt, der Kaiser müsse sagen wie Friedrich der Große: „niedriger hängen!" Außerdem sei doch die Monarchie in Deutschland und Preußen so fest gegründet, daß man über Entgleisungen wie Majestätsbeleidigungen einfach hinweggehen könne und solle, dann werde die Monarchie in Deutschland nur mehr Freunde gewinnen, stärker werden und sich als wahrhaft fortschrittlich zeigen. Ich habe während jener Jahrzehnte den Standpunkt eingenommen und vertreten, daß die Bestrafung der Majestätsbeleidigung ein untaugliches Mittel sei und die von der Linken sorglich dauernd offen gehaltene Kluft zwischen den Klassen nur erweitern und vertiefen könne; ferner, daß eine ausgesprochen deutsche und ausgesprochen soziale Monarchie solcher Mittel nicht bedürfen würde. Leider traf das Letztere nicht zu und so gingen die Dinge ihren Weg; das ist aber heute nicht in Betracht.

Der Majestätsbeleidigungsparagraph richtete sich an und gegen alle Parteien und Schichten der Bevölkerung. Das „Gesetz zum Schutz der Republik" richtete sich, wie seine Schöpfer und Hebeammen öffentlich ausgesprochen haben, ausschließlich „gegen rechts". Der damalige Reichskanzler erklärte mit erhobener Stimme: der Feind steht rechts! Während der Majestätsbeleidigungsparagraph bei Entgleisungen des Temperaments und der Zunge überhaupt nicht angewandt wurde, während die Behörde, auf Denunziationen einzugehen, entschiedene Abneigung zeigte, findet heute im Lande der freien Meinung das Gegenteil statt. Jede Denunziation wird mit Eifer verfolgt, jede rednerische Entgleisung, erinnert sei an den Fall Goethe in Halle, an den Fall Ueberwasser in Plauen, sofort verfolgt, die Angeklagten werden mit Vorliebe in Untersuchungshaft genommen. Die Festungsstrafe ist verschwunden. An ihre Stelle tritt die Gefängnisstrafe und die hohe Geldstrafe; während der Verbüßung Gefängnisarbeit und Sträflingskleidung, Verbot oder Behinderung der Eigenverpflegung. Während unter dem verruchten alten Regime die Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung wesentlich eine Geste sein sollte, praktisch unter möglichster Schonung des Bestraften, gilt es jetzt, die Strafen so empfindlich als möglich zu machen. Dazu ist auch die hohe Geldstrafe eingeführt worden. Strafaufschübe werden nicht gewährt. Gesuche, den Ort der Strafverbüßung möglichst dicht an den Ort der eigenen Berufstätigkeit zu legen, damit die Existenz der eigenen Familie möglichst wenig geschädigt werde, bleiben beinahe immer unberücksichtigt. Entlastungsgründe wie: für die Wahl der Ausdrücke, — die als Beleidigung oder Herabsetzung von Personen und Einrichtungen bezeichnet wurden, — durch Bildungsgrad des Beklagten, und durch Zustand der Erregung läßt man nicht gelten. Hinweise und Gesuche auf die Gefährdung der Gesundheit und der Existenz des Betreffenden durch eine lange Strafe sind ohne Erfolg. Das ist so auffallend, daß der Eindruck in nationalen Kreisen immer mehr wächst, die Art der Bestrafung sähe es geradezu ab auf solche Schädigungen. Was soll man von der Behandlung Hans Hottenrotts sagen! — Hottenrott hat nach seiner Verurteilung zu über zwei Jahren Gefängnis gebeten, vor Antritt seiner Strafe einen Herzkurort aufzusuchen. Ein Drittel Dutzend Aerzte, darunter zwei vereidigte Gerichtsärzte haben schwere Arterienverkalkung und vorgeschrittene Herzerkrankung festgestellt, auch schwere Gesundheitsschädigung durch sofortigen Strafantritt zugegeben. Gleichwohl wurde die Entscheidung über die nächste Zukunft des bettlägerigen und — besonders auch durch fortgesetzte Aufregung und Spannung — schwer leidenden Kranken von Woche zu Woche hinausgeschoben. Da gerät dieser in verzweifelte Erregung, sagt zu seinem Sohne: ich halte es nicht mehr aus, will auch nicht im Gefängnis sterben, bringe mich nach Tölz, damit ich meine Gesundheit für die lange Strafzeit vorbereite! — Hottenrott zeigt bei der Abreise seinen Entschluß dem Staatsgerichtshof bezw. dem Oberreichsanwalt an. Er wird von seinem Sohn fortgebracht, muß in München wegen schwerer Herzanfälle Station machen, reist dann nach Tölz weiter und wird dort wenige Tage später verhaftet; was seitdem geschehen ist, entzieht sich noch der Kenntnis. Das Geschehene genügt aber wohl, um zu zeigen, welche Humanität und welche Freiheit im neuen Deutschland waltet. Vollständig wird das Bild erst durch jenes rasseneigentümlich wiehernde Hohn- und Triumphgeschrei der jüdischen Presse. Das Organ der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens sagt von Hottenrott unter der Ueberschrift „Völkische Helden": „Das Leben braucht nicht einmal in Gefahr zu sein — schon das bittere Muß der Gefängnisstrafe macht die völkischen Großmäuler kampfunfähig und erholungsbedürftig. Das ist echt, echte Rasse, echtes Produkt des Geistes und Charakters des gotterwählten Volkes. Es soll nicht vergessen werden.

Der Reichspräsident Herr Ebert ist ein kluger Mann. Er gehört zu den wenigen Fähigen, — vielleicht ist er überhaupt der Fähigste — welche die Welle der Revolution nach oben getragen hat. Herr Ebert ist zwar Parteimann und sicher ein sehr tätiger geblieben, aber er ist einer von den ganz vereinzelten älteren Sozialdemokraten, die gelernt haben und lernen, die zum mindesten begreifen, daß man zuweilen über den Zaun des Parteischulhofs während der Pause hinübergucken muß. Es ist auffallend und bemerkenswert, daß Herr Ebert anscheinend nicht einmal versucht, seinen großen Einfluß auf die Handhabung des „Gesetzes zum Schutze der Republik" geltend zu machen, nicht einmal auf dem ihm nächstliegenden Gebiet, nämlich soweit es Beleidigungen seiner Person anlangt. Ist ihm Härte der Bestrafung hier ein persönliches Bedürfnis? Glaubt er, daß durch sie die Autorität und Festigkeit der Republik und des Reichspräsidenten gefördert wird? Daß Liebe und Achtung gegenüber beiden wächst? Herr Ebert als alter Sozialdemokrat kennt doch sehr genau die Wirkung derartiger Verfolgungen, die auch, wenn viel milder betrieben, wie z. B. unter der Monarchie, damals nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zeitigten. Möglich wäre freilich, daß er die Energie und Ausdauer der völkischen Bewegung niedriger anschlüge, als die der früheren sozialistischen. Nicht nur Ebert, sondern die weitesten Kreise mögen der Ansicht sein, die völkische Bewegung sei zu zersplittert und zu sehr von inneren Reibungen und Konflikten angefüllt, um auf die Dauer einer konsequenten Unterdrückungspolitik Widerstand leisten zu können. Man hofft allem Anscheine nach auf diesem Wege den völkischen Gedanken, den man an sich mehr als alles andere fürchtet, bald hier bald da auszutreten. Diese Theorie stimmt auch mit der Praxis Herrn Severings überein, der freilich nach außen hin den Fehler beging, von der „motorischen Kraft" der völkischen Bewegung zu sprechen. Alle Bekenner des internationalen Sozialismus und sämtliche direkte wie indirekte Propagatoren und Ausnutzer der Revolution wissen, daß der völkische Gedanke ihr Todfeind ist, daß es ein Paktieren mit diesem Gedanken nicht gibt, daß er als Schrift an der Wand über dem Novemberverbrechen 1918 steht.

Zu einer Politik rücksichtsloser gewaltsamer Unterdrückung dürften die Regierenden in Deutschland, soweit sie nicht selbst Juden sind, durch das Judentum dauernd ermutigt und gehetzt werden. Der Neid und der Haß spricht aus jeder Zeile der jüdisch und jüdischen inspirierten Blätter, daneben der echt jüdische Triumph, daß man „endlich oben" ist. Diese Situation heißt es nach jüdischer Art ausnutzen. Jüdische Art aber ist rücksichtslos und nach Möglichkeit grausame Vernichtung alles dessen, was der Jude als seiner Herrschaft hinderlich betrachtet; aller derjenigen Elemente zumal, von denen der Jude sich in seinem Wesen erkannt sieht, denen gegenüber die Maskeraden, in denen Israel Meister ist, nichts nutzen.

Der Jude sieht die Republik in Deutschland als das zur Zeit beste Mittel an für die Festigung und weitere Durchführung seiner Ziele. Republikaner an und für sich ist er garnicht, die Republik ist ihm kein Selbstzweck, sondern eben nur Mittel. Er hat alles getan, um sie durch Revolution und Zusammenbruch herbeizuführen. Es ist nur schade, daß das innerliche jüdische Grinsen angesichts ehrlicher begeisterter deutscher Republikaner mit ihren Ideen sich nicht photographieren läßt.

Das „Gesetz zum Schutze der Republik" betrachten die Juden in Deutschland und außerhalb als ihre Waffe, die unter ihrem maßgebenden Einflusse zur Wahrnehmung ihrer „Interessen" geschmiedet sei. Seit bald Jahresfrist wird diese Auffassung nicht allein in der Presse, manchmal recht unvorsichtig, vertreten, sondern jeden Augenblick fällt aus jüdischem Munde eine Aeußerung, wie: jetzt haben wir Juden zu sagen, jetzt haben wir ja auch das Schutzgesetz. Ueberhaupt lieben die Juden sehr, sich mit der deutschen Republik zu identifizieren und weisen mit Stolz auf die Weimarer Verfassung hin, die der Jude Preuß „geschaffen" habe. Wir wissen noch nicht, wer namentlich der Urheber des Schutzgesetzes gewesen ist. Wir wissen aber, daß es, als Rathenau ermordet wurde, bereits fertig in der Schublade lag. Die Tatsache besteht ferner, daß weder damals von monarchistischen „Umtrieben" oder Anschlägen die Rede war, noch ein einziges Mal seit dem Inkrafttreten des Gesetzes und des Staatsgerichtshofes das monarchistische Kapitel den tatsächlichen Gegenstand einer Verhandlung gebildet haben, oder aus einer Verhandlung sich jemals ergeben hätte. Beinahe immer standen Vergehen gegen die Majestät des Judentums oder die Hoheit eines bestimmten Juden in Rede, abgesehen von den erwähnten Vergehen gegen Herrn Ebert. Es ist recht reizvoll: die Juden betrachten sich als Repräsentanten der Republik, als die Republik selbst, Respektlosigkeit gegen den Juden wird von den Behörden, wenn es nur irgend möglich ist, „erfaßt". Verfügungen sind ins Land gegangen, erinnert sei nur an die des Herrn Ministers Severing vom vorigen Jahr, die besonderen Nachdruck auf solche Fälle legen, in denen ein „Antisemitismus" nachzuweisen sei. In den Schulen ist verboten worden, Hakenkreuze zu tragen, friedliche Deutsche können frei von Juden beschimpft und mißhandelt werden; über jüdische Verbrechen, Morde und Schändungen schweigt sich beinahe die gesamte Presse höchst gewissenhaft aus oder sie werden durch die Bezeichnung „Ausländer" gedeckt. Die gleiche Presse preist und rühmt auf der anderen Seite den Juden nach allen Richtungen. Spricht aber ein Deutschvölkischer von einer „Judenrepublik", so ist das ein nur durch schwere Strafen sühnbares Verbreches gegen die Majestät der Republik. Der „Staatsbürger jüdischen Glaubens" wird, daran ist nicht zu zweifeln, hier die inneren Zusammenhänge auch vollkommen verstehen, der deutsche Staatsbürger deutschen Blutes muß sich sonderbare Gedanken darüber machen.

Die Zahl derjenigen, die wegen Beleidigung des ermordeten Rathenau bestraft werden, mehrt sich dauernd. Mit Variationen handelt es sich in jedem Falle um die Behauptung, Rathenau habe als Jude eine deutsche Politik nicht treiben können und wollen. Im Prozeß Hoffmann-Kutschke handelt es sich auch darum, daß Rathenau vom Beklagten als „Sowjetjude" bezeichnet worden ist. Der „Reichswart" hat sich schon vor Rathenaus Ermor-

Detektiv-Institut. Hauptmann Holtz. Leipziger Str. 103. Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1273. Erstklassige Erfolge!

dung mit diesem Manne in seiner Eigenschaft als Politiker und Schriftsteller beschäftigt. Das Ergebnis war: Rathenau sei eine in allen Farben schillernde Literatennatur gewesen, unveränderlich in ihm einzig seine jüdische Eigenart. So ist er vor seiner Ermordung, und bevor er Minister wurde, auch von seinen jüdischen Volksgenossen meist beurteilt worden. Ja, diese haben ihn häufig mit Hohn überschüttet und sehr deutlich zu verstehen gegeben, schon seine Eitelkeit verhindere, daß man ihn ernst nehmen könne. Wer als Nichtjude heute ohne Quellenangabe jene Urteile übernähme und veröffentlichte, würde zweifellos vor den Staatsgerichtshof zitiert werden wegen schwerer Beleidigung des Andenkens Rathenaus.

In Leipzig hat ein Reichsgerichtsrat feierlich erklärt, nach seiner Ueberzeugung sei ein Jude als deutscher Staatsbürger ein Deutscher. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wird dem Herrn Reichsgerichtsrat die Bürgerkrone auf das erleuchtete Haupt setzen. Solche „Zeugnisse" braucht das Judentum. Der Reichsgerichtsrat würde folgerichtig das Gleiche von einem Hottentotten, einem Herero, einem Eskimo oder dem Angehörigen irgendeines anderen Volkes sagen, sobald er im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft wäre. Das ist ein Standpunkt, der — im besten Falle — den Gipfel formaler Oberflächlichkeit darstellt. Ließe man aber den Standpunkt gelten: der Inhaber deutscher Staatsangehörigkeit ist eo ipso Deutscher, so könnte das letztere ebenfalls nur rein formal gelten. Diejenigen Eigenschaften, diejenige Wesensart überhaupt, die der Betreffende mitgebracht hat, bleiben bestehen, ebenso wie ein Neger seine Hautfarbe nicht ändert, und ebensowenig, wie er seine Wesensart ändert, wenn er deutscher Staatsbürger wird. Angenommen, ein naturalisierter Neger würde in Deutschland Minister, ein im neuen Deutschland verfassungsmäßig zulässiger Akt, — würde man dann auch denjenigen wegen verleumderischer Beleidigung vor den Staatsgerichtshof stellen, der sagte oder schriebe, der Herr Minister sei eben doch kein Deutscher, habe keine deutsche Denkart, er fühle nicht deutsch und könne deshalb eine wirklich deutsche Politik nicht treiben? Schwer zu sagen, aber man möchte doch bescheiden dem Glauben zuneigen, daß selbst manche „Neudeutsche" zugeben würden, der Neger sei eben ein Neger, der Eskimo ein Eskimo. Nun haben aber diese beiden Rassen bzw. Völker nichts von der bewußten und zielsicheren äußeren und inneren Arterhaltung, wie sie die Angehörigen des Judentums seit Jahrtausenden vor allen anderen Völkern ausgezeichnet. Paßt ihnen das in den augenblicklichen Kram, so sagen sie es selbst und rühmen sich dessen oder machen sich, nach jüdischer Art, über sich lustig — freilich immer nur am Rande; Rathenau selbst bezeichnete in seinen „Impressionen" seine jüdischen Volksgenossen in Deutschland-Preußen als eine „asiatische Horde auf märkischem Sande". Ein Nichtjude, der das heute sagte, würde sicher vor den Staatsgerichtshof kommen, denn ein früherer Minister oder Staatssekretär jüdischer Volkszugehörigkeit könnte sich getroffen fühlen. (Forts. folgt.)

Kommunistisches.

Der inzwischen verhaftete Regierungspräsident Lutterbeck hat der französischen Militärbehörde ernst auseinandergesetzt, Frankreich werde, wenn es die Kommunisten im besetzten Gebiet weitergewähren ließe, selbst von der roten Flut überschwemmt werden. Es sei ein Trugschluß, zu glauben, Frankreich könne Halt gebieten, sobald es wolle. Das lange Schreiben erhebt außerdem die bekannten feierlichen Proteste und Beschwörungen, spricht von Europa, vom wahren Frieden usw. Man kann nicht zweifeln, daß es gut gemeint ist, aber man fragt sich, was für einen ernsten Zweck solche Schreiberei, die sich für sehr ernsthaft nimmt und ernsthaft genommen werden will, eigentlich verfolgt. General Foch sagte vor drei Jahren, als die bolschewistische Gefahr für Europa, als von Rußland bewaffnet hereinbrechend, allgemein besprochen wurde: der Bolschewismus sei eine Krankheit der besiegten Nationen. Gerade in jener Zeit beschworen die deutschen Regierungen und Zeitungen Frankreich und Großbritannien, die Behörden des Mondes und des Saturn: wenn sie nicht alle einschritten, so ging Europa zugrunde und die Kultur der Menschheit und diese selbst, — und was sonst noch. Wie damals deutschem Gejammere nur Hohn und Ablehnung begegnete, so werden auch heute die Franzosen lachen, nur noch herzhafter und verachtungsvoller. Heute liegen die Dinge dort noch extremer, nämlich so wie es kurz nach dem Kriege von dem Herausgeber der britischen „National Review", Herrn Maxse, ausgedrückt wurde: man sei weit entfernt, im Eindringen des Bolschewismus in Deutschland eine schwere Gefahr für Großbritannien zu erblicken. Im Gegenteil sei den Deutschen eine tüchtige Dosis Bolschewismus nur zu wünschen, damit sie so bald nicht wieder imstände seien, das friedliche Europa mit Vernichtung zu bedrohen. —

Die Franzosen haben jetzt den Kommunismus im besetzten Westen organisiert, bewaffnet und gegen den passiven Widerstand der deutschen Bevölkerung losgelassen. Poincaré, andere französische Persönlichkeiten und die gesamte poincaristische Presse sprechen seit einigen Wochen vom sicher bevorstehenden vollständigen Zusammenbruche Deutschlands. Dieser werde Frankreich endlich Gelegenheit geben, seine aus dem Vertrage von Versailles herrührenden Rechte voll wahrzunehmen. Es sei wieder an das Wort des französischen „L'Intransigeant" erinnert: man könne nur wünschen, daß das deutsche Staatsschiff mit Mann und Maus unterginge. Frankreich werde sich an der Ladung schon schadlos halten können. Und gleich nach dem Kriege schrieb die „Nation Française": Frankreichs Hauptgesichtspunkt für die Zukunft müsse sein, daß Deutschland, „dieser große und weiche Körper", niemals durch die eherne Faust eines bedeutenden Mannes zusammengehalten werde. Träte das Letztere ein, so sei das deutsche Volk zu den höchsten Leistungen fähig. Sonst könne jener große weiche Körper sich nicht selbständig bewegen und bleibe ungefährlich. Ein ganz ähnliches Bild hat neulich Lloyd George in einer Rede gebraucht: das aus großer Höhe in die Tiefe gestürzte Deutschland sei wie ein Tier mit gebrochener Wirbelsäule, es wisse nicht, was beginnen, und könne nur ziellose Bewegungen machen.

Die Franzosen sind mit kühler Energie dabei, auch den Kommunismus als Mittel einzuspannen, um den Untergang Deutschlands als Staatswesen und Volk herbeizuführen, um dadurch ihre Rheinziele zu erreichen. Sie haben in den besetzten Städten des Westens die deutsche Polizei entwaffnet und ausgeschaltet, die kommunistischen Hundertschaften, deren intellektuelle Führer ja seit langem ihre vertrauten Freunde und Helfer sind, zu offiziellen Hilfstruppen gemacht, — und nun kommt der beschwörende und belehrende hohe Verwaltungsbeamte in der ganzen Naivität seiner „europäischen" Anschauung. Diese wird keinen Franzosen beeinflussen, wohl aber nach altem Brauch die Deutschen einlullen: Frankreich kann doch unmöglich usw.!

Die Franzosen würden, wenn der Kommunismus des deutschen Westens sich ihnen als bedenklich zu zeigen anfinge, einige Dutzend oder einige Hunderte Kommunisten, die Führer zuerst, an die Wand stellen. Im Augenblick, wo der rote Bruder merkt, daß hier nicht zu spaßen sei, würde er gleich sehr artig werden: artig, wie er geworden wäre, wenn man in der zweiten Hälfte des Krieges in Deutschland gleichermaßen vorgegangen wäre. Die deutsche Illusionsfähigkeit findet die unglaublichsten Nahrungsquellen. Man bemerkt heute schon, sei es in der Presse, sei es in privaten Gesprächen, die Hoffnung: der Kommunismus im Westen könne doch vielleicht bald Frankreich in Flammen setzen, dann würden Westfalen und die Rheinlande frei werden und der wahre Frieden hielte seinen Einzug. Man denkt an die andere, bald vier Jahre alte Illusion: innerhalb der französischen Rheintruppen schreite die Zersetzung von Jahr zu Jahr fort. Keine Truppe der Welt könne auf die Dauer ein derartiges Leben vertragen, ohne bis ins Mark verdorben zu werden. Daß darin etwas Wahres liegt, soll natürlich nicht bestritten werden; aber die Franzosen haben es von Anfang an ebenso gut und besser gewußt als wir. Sie tragen für ständigen Wechsel Sorge, der einzelnen Persönlichkeiten wie der Truppenteile. Vor allem tragen sie dafür Sorge, daß die Zersetzung auf der deutschen Seite mit allen Mitteln gefördert wird, wo das doch notwendig erscheint. Ehe wir also unsere Lebensgeister am Gedanken französischer Zersetzung aufrichten, — halten wir uns die lieblichen eigenen Verhältnisse vor Augen!

Ob die kommunistische Bewegung sich außerhalb des besetzten Gebietes in Deutschland ausbreiten wird, ist eine Frage, die mittlerweile zum Tagesgespräch geworden ist. „Nun kommt der Kommunismus doch", „Wir werden dem Kommunismus nicht entgehen", und schließlich die altvertraute Wendung: „Erst müssen wir durch den Kommunismus hindurch, ehe es in Deutschland besser werden kann!" Auch das alles ist Geschwätz, kraftloses schädliches Geschwätz. Ob wir „den Kommunismus bekommen werden", ist nicht die Sache eines blinden und unausweichlichen Fatum, oder etwas, das die Moira uns bestimmt hat, oder die cheruskische Alraune dem geängsteten Philister zu sagen hätte. Ob die heiligen Tempel des Kommunismus jetzt oder in der Folge auf dem deutschen Boden aufgerichtet werden, ist lediglich eine Frage, ob das deutsche Volk und die Leute, die es regieren, noch einen deutschen Willen haben oder nicht. Ist der Wille nicht da, fehlt auch die Einsicht, dauert das verdummende und erschlaffende Geschwätz als Ersatz für alles fort, so wird der Kommunismus zweifellos bei uns zur Herrschaft gelangen, und die Deutschen werden ihn verdienen, wie sie dann auch ihren Untergang als Volk und den ihrer Kultur vollauf verdienen würden. Es ist wunderbar, daß die Masse der deutschen Zeitungsleser nicht sieht und nicht begreift, wie ihre Blätter gerade um diesen Punkt herumreden. Die Dinge sind dabei so klar und haben sich so folgerichtig entwickelt, daß kein Haupt- oder Nebenleiter einer Zeitung sich darüber täuschen oder sie etwa mißverstehen könnte. Die Bevölkerung — das ist die einzig mögliche Schlußfolgerung — soll also getäuscht und im Dunkeln gehalten werden. Das ist auch in einem anderen Punkte ganz auffallend klar: in dem der bolschewistischen Propaganda. Sie wird durch die ganze Welt hindurchgetrieben, und überall da mit Erfolg, wo nicht aktiv, geschickt und rücksichtslos dagegen gearbeitet wird. Diese bolschewistische Propaganda ist in ihren Methoden sehr geschickt und weiß sich nach Lage der Verhältnisse der Länder und nach den Zeitpunkten gut anzupassen. Bald predigt sie Gewalt und geht gewaltsam vor, bald besticht sie mit Geld, bald mit gelehrten, bald mit populären Phrasen, bald bedient sie sich der Verleumdung, der Drohung, der Schmeichelei, und schließlich nicht zum wenigsten der plumpen wirtschaftlichen und kulturellen Zukunftsbilder. Die kommunistische Propaganda hat in ihren Erfolgen in Deutschland entschiedene Fortschritte gemacht, viel größere als damals, wo sie mit Drohungen, Gewalt und „Roten Armeen" arbeitete. In beinahe allen Kreisen hat sich unmerklich stufenweise das Urteil über den Kommunismus und seine Träger und über seine Möglichkeiten und Aussichten geändert. Die Arbeit ist schleichend und voll Anpassungsfähigkeit, sie kommt vorwärts und unterwühlt die Widerstände. Unnötig zu sagen, daß der wirtschaftliche Zerfall in Deutschland mit allem, was daran hängt, der Werbearbeit des Kommunismus den Weg bereitet. Wann und wo findet man aber, daß eine der großen und viel gelesenen deutschen Zeitungen diese Dinge behandelt, auf die Gefahr hinzeigt und sie ihrerseits offen und wirksam zu bekämpfen versucht. Das geschieht nie, beinahe nie! Diese ganze Millionenpresse arbeitet damit für Platzgreifen des Kommunismus in Deutschland, während sie zugleich über die Franzosen zetert, deren Verhalten die kommunistische Gefahr „nicht für Deutschland allein, sondern für ganz Europa" in immer drohendere Nähe bringe. Was sind das alles für unwahrhaftige Manöver, wohin wird eine politisch instinktlose und immermehr entnervte Bevölkerung getrieben? Eine Wolke von Geschwätz verbirgt ihr Ziel bewußt, die Wahrheit und die Tatsachen, und läßt keine ernstliche Willensregung aufkommen.

Die nationalen großen Zeitungen kann man bedauerlicherweise nicht ganz ausnehmen. Das liegt daran, daß ihnen ihre „Richtung" verbietet, der kommunistischen Gefahr auf den Grund zu gehen. Wer das tut, muß nämlich den Juden nennen, und das ist bekanntlich so eine Sache. Deshalb schweigt man lieber oder wettert in allgemeinen Ausdrücken gegen Bolschewismus, Kommunismus und Umsturz, geht aber um den Kern- und Angelpunkt: den Juden, mit geübter Vorsicht herum. Es hilft wenig, wenn solche Blätter angesichts der Ruhrvorgänge den Rücktritt des Ministers Severing verlangen. Wenn dieser Mann fiele, so wäre damit sicher manches erreicht. In einem wirklich parlamentarischen Staatswesen wäre Herr Severing längst von seinem Platz verschwunden, sein Vorgehen gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei hätte über und über genügt, aber bei uns sind eben die „Verhältnisse" so eigentümlich geartet. Umgekehrt ist nicht zu bezweifeln, daß ein vollständiger Umschwung in dem Augenblick da wäre, wo auch nur eine große Partei und ihre Presse die Judenfrage ohne Rücksicht behandelten, vor allem keine Angst hätten, sie zu nennen. Severing ist nur ein Exponent.

Im Augenblicke, wo dieser Aufsatz geschrieben wird, kommen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet, der Kommunistenaufstand „flaue ab". Die folgenden Tage werden zeigen, ob es so ist. Angenommen, es träte tatsächlich ein Abflauen ein, so würde damit nichts anders sein, nichts als das Tempo des Auflösungsprozesses. Das wäre alles, nicht eben viel. Die sozialistische Presse in Deutschland und der neuliche internationale Kongreß in Hamburg, auch die demokratische Presse läßt immer deutlicher erkennen, was freilich keineswegs überraschend ist, daß diese Richtungen gar nicht daran denken würden, dem Kommunismus einen gründlichen Widerstand entgegenzusetzen. Stellt man sich den Sieg des Kommunismus in Deutschland oder in irgendeinem deutschen Staat vor, so würde sehr bald sich herausstellen, daß sich eine „Einheitsfront" vom Kommunismus bis einschließlich der Demokratie gebildet hätte. Ob vorher einige sozialistische und demokratische Konzessions-Schulzen mißhandelt und getötet worden wären, würde keine Rolle spielen. Man würde edel sein und vergessen unter dem gemeinsamen Kampfrufe: gegen die „Reaktion"!

Ueber jene andere viel gesprochene und viel gepriesene „Einheitsfront" zu sprechen, ist nicht nötig. Sie ist weder in der Sinnenwelt anzutreffen, noch haben uns Kundgebungen von ihr aus der vierten Dimension erreicht, also wird sie sich wohl in die fünfte zurückgezogen haben.

Eine trübe Erinnerung.

Einer der erinnerlichsten Tage des großen Krieges war der Tag der Nachricht vom Untergange der „Lusitania" 1915. Um Näheres darüber zu erfahren, ging ich damals nach der Nachrichtenabteilung des Reichsmarineamtes. Dort standen die Korridore voll von aufgeregten Menschen und man merkte, daß die Erregung überwiegend keine freudige war, sondern Bestürzung und Angst. Im Amte selbst beherrschte die Sorge alles: jetzt werden Bethmann Hollweg und Genossen den U-Boot-Krieg sabotieren. Ich sprach, voll Freude über den Erfolg des U-Bootes, den barbarischen Wunsch aus, daß jetzt möglichst schnell noch zwei bis drei große Ozeandampfer von Unterseebooten in den Grund geschossen würden, damit Verzeihungsbitten der Regierung aussichtslos erscheinen müßten. Leider traf das nicht zu. Die Besorgnis der Entherzung des U-Bootkrieges durch Bethmann aber, — sie verwirklichte sich gründlich, nach der Versenkung des Dampfers „Arabic" im Herbst 1915. Der U-Bootkrieg war freilich auch bis dahin keinen Tag lang uneingeschränkt, also ohne Bindung durch Dutzende von politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen „Rücksichten" geführt worden. Im Herbst 1915 aber wurde er durch den Reichskanzler und seine Paladine, hinter denen allen die maßgebenden unsichtbaren Mächte standen, — zur Farce gemacht. Es war ein Fehler des Großadmirals v. Tirpitz, daß er damals nicht unter restlosem Einsatz seines ganzen, damals noch großen Einflusses und seiner damals noch schwerwiegenden Persönlichkeit beim Kaiser die Frage zur offenen Entscheidung gebracht hat: Tirpitz oder Bethmann! Er hat es nicht getan, wahrscheinlich in der Hoffnung, er werde durch Zeitgewinn und Verbleiben im Amte nützlich wirken, als durch Aufwerfen des offenen Konflikts. Er hoffte vielleicht auch, eine uneingeschränkte Führung des U-Bootkrieges unter Benutzung der Entwicklung der Kriegshandlung im ganzen zu erreichen. Er erreichte das Gegenteil. Alle Gegner einer energischen und sachgemäßen Kriegführung benutzten das Winterhalbjahr 1915/16 zu eifriger unterirdischer Arbeit, der Tirpitz'sche Einfluß wurde immer gründlicher unterminiert und geschwächt, und im Frühjahr 1916 feierte Bethmann Hollweg den großen Triumph: Tirpitz trat zurück. Ein halbes Jahr früher, war sein Ansehen, sein Gewicht und sein Einfluß ungleich größer. Damals konnte er den Kampf wagen, im Frühjahr 1916 nicht mehr. Seinen Rücktritt feierte die Londoner Börse durch eine Hausse. Die Angelsachsen atmeten auf. —

Der Untergang der „Lusitania" wurde zu einer ungeheuren Propaganda gegen den U-Bootkrieg benutzt, ja überhaupt gegen die barbarische, hunnische Kriegführung der Deutschen. In der Reichskanzlei, in allem was Wilhelmstraße hieß und ihr verwandt war, herrschte Schrecken und Entsetzen und Entrüstung über eine Kriegführung die den Pelz wusch und ihn dabei naß machte. Die öffentliche Meinung in Deutschland verwirrte sich immer mehr, denn auf der einen Seite wurde sie gegen den U-Bootkrieg beeinflußt, während die andere die Wirklichkeit des Krieges und seiner Notwendigkeiten vertrat. Wäre die militärische Zensur nicht gewesen, so würde man eine, damals noch beispiellose, moralische Sabotierung der Kriegführung erlebt haben. Vor kurzem ging eine Aeußerung des bekannten amerikanischen Admirals Sims durch die Presse, die in den Vereinigten Staaten und komischerweise auch in Deutschland außerordentliches Aufsehen erregte. Er sagt: die Versenkung der „Lusitania" sei ein schwerer Schlag für die Deutschen gewesen. An ihr habe die britische Propaganda ihr Meisterstück gemacht. Er glaube, daß die Deutschen hauptsächlich unangenehm überrascht von dem schnellen Sinken der „Lusitania" gewesen seien. Jeder deutsche Marinefachmann hätte vorher für sicher gehalten, daß das Schiff noch stundenlang schwimmen würde, also die Besatzung und die Passagiere in aller Ruhe und Sicherheit von Bord gehen könnten. — Es mag sein, daß diese Ansicht damals tatsächlich geherrscht hat. Sie entsprach der Höhe der technischen Sicherheit, welche die Einrichtungen der großen modernen Ozeandampfer boten. Das schnelle, beinahe sofortige Sinken der „Lusitania" ist aber damals deutscherseits sofort auf die nachher gerichtsnotorisch erwiesene Tatsache zurückgeführt worden, daß die „Lusitania", „das friedliche Passagierschiff", große Massen von Munition und Sprengkörpern an Bord führte. Diese wurden durch die Detonation des Torpedos ihrerseits zur Explosion gebracht und zerrissen von innen die Verbände des Schiffes, ein riesiges Leck im Schiffsboden erzeugend. Der Unterseeboots-Kommandant hat schon in seinem ersten Bericht die Tatsache mehrerer Detonationen festgestellt und auf ihre richtige, nie genannte, Ursache zurückgeführt.

Anderseits konnte freilich die Frage, ob das Schiff schnell oder langsam sinken würde, für das Vorgehen der U-Bootkommandanten und einer sachgemäßen Seekriegsleitung unter keinen Umständen maßgebend sein. Der U-Bootkrieg war unter Aufstellung ganz bestimmter Normen von der deutschen Regierung erklärt worden. So mußte er in der Praxis geführt werden, mit dem einzigen Ziel, möglichst viele Dampfer zu versenken. Die neutrale Schiffahrt war gewarnt worden, besonders die transatlantische, und namentlich sogar die „Lusitania". Wer trotzdem die Reise vom amerikanischen Kontinent über den Ozean unternahm, wußte, was er riskierte. Es war alles ganz klar, man brauchte nur den Krieg unbeirrt so zu führen, wie in den Bestimmungen niedergelegt worden war. Aber dazu fehlte auf der deutschen oder, sagen wir, deutsch-jüdischen Seite entweder die Kraft oder der Wille aus Schwäche oder aus negativen Zwecken. Als die Mauern von Jericho nicht durch Geschrei zum umfallen gebracht wurden, und als anderseits die Feinde sich nicht durch Majoritätsbeschluß freudig mit dem deutschen U-Bootkrieg einverstanden er-

Detektiv-Institut. Hauptmann Holtz. Leipziger Str. 103, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1275. Erstklassige Erfolge!

klärten, da ging es den deutschen Scheinkriegsführern wie in Wolframs „Parcival“: „Ihr hoher Mut fiel in ein Tal“. Und als nun gar der ungeheure Weltentrüstungsrummel in Szene gesetzt wurde und in Deutschland die bekannten „nüchternen Politiker“ sagten: der Wahnsinn des U-Bootkrieges beraubt uns jetzt der Hoffnung auf die Vereinigten Staaten, da war sich der deutsche Philister klar, daß der U-Bootkrieg, wenn überhaupt, so nur unter starken Einschränkungen geführt werden dürfe, denn „nüchterne Ueberlegung“ und Menschlichkeit müßten doch immer nur die Richtschnur bleiben, die Seekriegführung müsse sich in das große Ganze des Krieges einordnen, und dieses könne nur durch den Kaiser und Kanzler übersehen und beurteilt werden. Als nun Amerika drohte, und als auf tausend Wegen und Kanälen die Propaganda des Flaumachens durch das deutsche Volk ging, da war es um den U-Bootskrieg in vernünftiger Durchführung geschehen. Gerade damals im Jahre 15/16 war der Augenblick, wo die größten Aussichten und die der Gewißheit gleichkommende Wahrscheinlichkeit dafür bestand, daß der U-Bootkrieg den siegreichen Frieden erzwingen werde. Es darf übrigens nicht vergessen werden, daß im Jahre 1915 Herr Dr. Helfferich zu den Hervorragendsten der hervorragenden Persönlichkeiten gehörte, die ihre Hoffnung auf die Vereinigten Staaten setzten und von diesen Anleihen, Baumwolle und alles mögliche Schöne sonst noch erwarteten, wenn man sich ihnen gegenüber nur mit entsprechender Staatsweisheit verhielte. Auf der anderen Seite stand die Auffassung: die Vereinigten Staaten gehörten von vornherein zu unseren Feinden, ihre Neutralität sei nur eine durchsichtige Maske, ihre Taktit Deutschland gegenüber sei die des Erpressers. Diese Ansicht war die richtige, ist inzwischen auch längst dokumentarisch erhärtet worden.

Admiral Sims, übrigens ein begeisterter „Probrite“ und alter Prophet eines Krieges gegen Deutschland, hat außerdem gesagt und nachher trotz Bedrohung durch die amerikanische Presse ausdrücklich wiederholt: der deutsche U-Bootkrieg sei korrekt und human geführt worden, und in umgekehrter Lage würden auch die Vereinigten Staaten wie Deutschland gehandelt und Handelsschiffe ohne Warnung vernichtet haben. Ja, auch das wußten wir während des Krieges, und zwar ganz genau. Es erforderte auch nicht sehr viel Wissen und Einsicht, diese Erkenntnis zu gewinnen. Die Presse in Deutschland zu beobachten ist reizvoll. Zum einem Teile stellt sie die Aeußerungen des Admiral Sims mit einem gewissen Triumph fest und dem stillschweigenden Schluß: nun, wie stehen wir jetzt da? — Der andere Teil der Presse geht über den unangenehmen Punkt hinweg, denn früher hat man ja den U-Bootkrieg als einen Wahnsinn, als eine unüberlegte Torheit und eine barbarische Unmenschlichkeit ausgerufen, zugleich mit der Weisheit: der „Verständigungsfrieden“ wäre zu erzielen gewesen, und die Vereinigten Staaten würden neutral geblieben sein, wenn Deutschland nur nicht den U-Bootkrieg geführt und sogar die „Lusitania“, den harmlosen amerikanischen Passagierdampfer, in den Grund geschossen hätte. In allem Ernst: sei es aus Unwissenheit, sei es aus Berechnung, hat man die „Lusitania“ bei uns planmäßig als einen amerikanischen Dampfer ausgerufen, während sie bekanntlich ein englischer Dampfer war; als einen harmlosen Passagierdampfer, während sie gewaltige Mengen Kriegsmaterial an Bord führte, darunter Massen an Sprengstoffen und Patronen. Der Untergang der „Lusitania“ hätte durch eine zielbewußte Kriegsleitung und eine nicht neurasthenische Regierung in Deutschland zu einem großen Erfolge gemacht werden können und müssen. Das erste war, nach der Torpodierung des Dampfers, den U-Bootkrieg in schärfster, schonungsloser Weise fortzuführen, ferner die Torpedierung mit einem großen Propagandaapparat als gerechtfertigt und notwendig zu beweisen; in dieser Beziehung ist es über schüchterne Versuche nicht hinausgekommen, u. a. eine Anzahl Gutachten bekannter deutscher Juristen, die heute noch lesenswert sind. Ferner mußte der Außenwelt bzw. den Feinden auf beiden Wegen klargelegt werden, daß auf ein Nachgeben in der U-Bootkriegführung weder jetzt noch später auch nur zu denken sei.

Das alles sind trübe Erinnerungen. Sie bestätigen lediglich, daß die Deutschen, ohne einheitliche entschlossene Führung waren, von Jahr zu Jahr mehr durchsetzt durch die Arbeit des „pazifistisch“-jüdischen Elements, durch die blöde Unwahrheit, ein Existenzkrieg könne durch halbe Mittel zu einem guten Ausgange gebracht werden, es sei möglich, ohne ihn durch Macht zu erzwingen, einen Frieden der Verständigung zu erreichen. Ein solches Volk konnte nicht siegen. Alle diese Elemente —, soweit sie gutgläubig waren —, die später die Leitung der deutschen Angelegenheiten durch die Revolution in die Hand bekamen, haben der naiven und originellen Auffassung gelebt, Deutschland müsse sich in der Art der Kriegführung und in der Wahl der Waffen nach den Wünschen der F e i n d e richten, um gesund und lebensfähig aus dem Kriege herauszukommen. Sie haben sich heute noch nicht geändert, ihr Kreis hat sich höchstens noch erweitert. Wie der deutsche Nudelmeier, am Draht des unsichtbaren Juden zappelnd, sich 1914 bis 1918 die Kriegführung dachte und zusammenstoppelte, nicht wußte, was Krieg war, und mit der Moralphrase, die ihn selbst betrunken machte, den Feind zum „Menschheitsgedanken“ und zur Achtung des deutschen Rechtes zu bringen gedachte, das war während des Krieges das Gelächter unserer Feinde und wird es in der Weltgeschichte bleiben. Für uns Deutsche ist es auch nicht in einem einzigen Punkte rühmlich, nicht einmal unter dem Gesichtspunkte des reinen Toren: denn der Hintergrund und Untergrund der herrlichen Grundsätze und edlen Phrasen war bei den einen Mangel an Nerven, Entschluß und moralischem Mut, bei den anderen der Gedanke, die Kriegführung in den Dienst der Partei zu stellen, bei dem dritten, den deutschen Sieg zu verhindern, um das verhaßte Gebilde eines gesunden ist einem mächtigen Deutschen Reiche dargestellten und vereinigten Deutschtums zu verhindern.

Der jüdische Zentralverein und Herr Kaplan Murawski.

Von

Dr. Artur Dinter.

III.

Von ganz besonderem Belange ist der nachfolgende Satz in dem Briefe des Kaplans Murawski an den Rabbiner Dr. Rieger:

„Wir betrachten auch das Alte Testament als Gottes Offenbarung in seiner Gesamtheit und in seinen Teilen; ja gerade das Alte Testament ist für die heutige Zeit von Bedeutung; es erinnert immer wieder daran, daß Gott als der Schöpfer auch der absolute Herr der Geschöpfe ist, daß also die Religion für die Verbindung des Menschen mit Gott von Gott bestimmt und angeordnet, nicht aber von den Menschen, dem Sklaven Gottes, gemacht wird.“ (Sperrdruck nach der Zentralvereinszeitung.)

Die ganze Willkür und Tyrannei des Judengottes Jahwe spricht aus diesen ungeheuerlichen Worten. Wir sind also nicht, wie der Heiland es uns gelehrt hat, K i n d e r unseres Gottes, sondern wir sind seine S k l a v e n. Die Art unserer christlichen Gottesverehrung ist von vornherein von dem Judengotte Jahwe bestimmt! Das Wesen der Religion, das in einem Suchen und Ringen nach Gott besteht, wird hier verwandelt in einen blinden Gehorsam gegen tyrannische Willkür. Wann und wo hat „Gott“ derartige Vorschriften „erlassen“? Wann und wo hat der Heiland Derartiges gelehrt? Diese alttestamentarische Auffassung vom Wesen der Religion ist unvereinbar mit unserem arischen Empfinden und schlägt der Auffassung, die der Heiland von den Beziehungen des Menschen zu Gott gelehrt hat, ins Gesicht. Im 26. Kapitel meines Zeitromanes „Die Sünde wider die Liebe“ habe ich ausführlich dargelegt, daß die Paulinische, von Luther noch beibehaltene Lehre von „Glaube“ und „Gnade“ eben dieser gesetzlosen Willkür alttestamentarischer Gottes- und Religionsauffassung entspringt und mit der reinen Lehre des Heilandes unvereinbar ist. Ich verweise den Leser auf dieses Kapitel, um nicht bereits ausführlich Dargestelltes wiederholen zu müssen.

Warum fallen die Juden nun über jeden, der es unternimmt, das Alte Testament mit gesundem Menschenverstand zu kritisieren, wie es längst vor mir schon andere, so Theodor Fritsch, Karl Rohn, Graf Ernst zu Reventlow und zuletzt der verstorbene Professor Friedrich Delitzsch getan haben, mit solchem Wutgeheul her? Und warum haben sie es insbesondere auf den dritten Band meiner Romantrilogie „Die Sünde wider die Liebe“ abgesehen, worin ich alles exaktwissenschaftliche Material über diesen Gegenstand methodisch zusammen getragen, durch eigene ergebnisreiche Untersuchungen ergänzt, auf das Neue Testament ausgedehnt und in einer leicht faßlichen, auch dem einfachsten Laienverstande zugänglichen Darstellung die letzten Folgerungen für unser praktisches Verhalten in dieser Frage gezogen habe? Weil die Frage des Alten Testamentes und seines Verhältnisses zum Neuen Testament der Angelpunkt der ganzen Judenfrage ist. Wer die Axt an das Alte Testament legt, legt die Axt an die jüdische Weltmacht.*) Die internationale Macht des Judentums ist nur die Scheinmacht einer Minderheit. Diese Macht beruht auf dem der Christenheit eingeimpften Wahne, das Alte Testament sei ein göttlich geoffenbartes Buch, es sei die Grundlage des Neuen Testamentes, dieses sei die Erfüllung des Alten, die Juden seien das von Gott auserwählte, unverletzliche heilige Volk und Jesus, der Stifter der christlichen Religion, sei selber Jude gewesen. Wird der blinden Christenheit der Star über diese jüdischen Wahnideen gestochen, so fällt die Scheu der christlichen Völker, gegen die Juden vorzugehen, und die Judenfrage ist gelöst: durch einfache gesetzliche Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Verfassungen werden die Juden ihrer angemaßten Rechte, die sie zum Schaden ihrer Wirtsvölker mißbrauchen, entkleidet und die Völker sind von der jüdischen Tyrannei befreit, ohne daß den Juden auch nur ein Haar gekrümmt wird. Diese Aufklärungen und gesetzliche Maßnahmen müssen in allen arischen Völkern der Welt betrieben werden. Hierzu sind Bestrebungen auch im Auslande bereits im Gange. Jeder Versuch, die Judenfrage durch gewaltsame Verfolgung in dem einen oder anderen Lande zu lösen, wäre ebenso töricht wie aussichtslos, er würde die einzig mögliche, radikale, geistige und gesetzmäßige Lösung wiederum auf Jahrzehnte zurückwerfen.

Die Geistesrevolution steht erst in ihren Anfängen. Die politische Revolution war nur ein Vorspiel dazu, hervorgerufen von der Macht, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Dieser Kampf gegen den jüdischen Geist, zwischen Wahrheit und Lüge, ist der Sinn der Weltenwende, in der wir stehen, die nur die allerwenigsten unter uns bis heute als solche überhaupt erkannt haben. In Verständnislosigkeit steht das amtliche Kirchenchristentum der tiefgehenden religiösen Umwälzung gegenüber, die sich unaufhaltbar in der deutschen Volksseele vollzieht. Träger dieser Geistesrevolution ist die deutschvölkische Bewegung. Sie ist ebenso der Todfeind des auf ebensolche jüdisch-materialistischen Wahnideen gegründeten Marxismus. Daher die gleiche Angst der Marxisten und der amtlichen Kirchentheologie vor dem Erwachen der deutschen Seele.

Luther war auf halbem Wege stehen geblieben: er hat vor dem Alten Testament Halt gemacht; daher vermochte er auch nicht den entscheidenden Bruch mit Paulus zu vollziehen. Die jüdische Lügenlehre hat er nicht oder doch zu spät erkannt. Als sie anfing ihm aufzugehen, war die Reformation längst vollzogen und die irdische Lebensbahn des Reformators bereits abgeschlossen. Erst drei Jahre vor seinem Tode sind Luthers Schriften gegen die Juden erschienen. Luther hat die Reformation an Haupt und Gliedern, statt an der Wurzel vollzogen, er hat nur subtrahiert, aber nicht radiziert; aber nicht Abbau galt es, sondern Neubau. Das schmälert nicht seine Riesentat. Alles will seine Zeit und seine Reife haben. Heute ist die Zeit der Reife da. Es gilt das Werk Luthers zu vollenden. Nie und nimmer wird uns diese Vollendung von den orthodoxen Theologen kommen. Diese sind in dem alten Gleise so festgefahren, wie die Lokomotiven auf dem Eisenbahnfriedhofe. Führerdienst vermögen sie nicht mehr zu leisten. Die Erlösung wird nur von den Laienchristen kommen; mit blanken, unverdorbenen Augen werden sie das Alte und Neue Testament selber lesen und die Wahrheit von der Lüge scheiden. In alle Welt muß die Losung hinausgetragen werden: Fort mit dem Alten Testamente! Fort mit Paulus! Zurück zu Christus!

Dieser Neubau des Christentums durch Ausmerzung des Alten Testamentes und des ganzen jüdisch-paulinischen Dogmenkrames, das wird die d e u t s c h v ö l k i s c h e, d. h. v o l k s d e u t s c h e Tat sein, die der jüdischen Hydra ein für allemal das Haupt abschlägt. Das weiß auch das Judentum, darum hat es die „Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher“ gegründet und mit ungeheuren Geldmitteln finanziert. Diese Gesellschaft ist mit allen Methoden raffinierter Rabbinerkunst am Werke, die Lüge des Alten Testamentes zu verewigen. Die Schriften dieser Gesellschaft werden planmäßig und kostenlos in Deutschland verteilt. In eintrittsfreien Vorträgen wird dem ahnungslosen Volke eingeredet, das Heil könne der Menschheit nur von den Juden kommen. Wer sich über diese Gesellschaft unterrichten will, der lese die kleine Schrift „Der große Volks- und Weltbetrug durch die Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher“ von August Fetz (Deutschvölkische Verlagsanstalt Arthur Götting, Hamburg 1, Ferdinandstr. 5).

(Schluß folgt.)

---

*) Diese Auffassung hat der „Reichswart“ seit seinem Bestehen betont und daran die Forderung des rücksichtslosen Kulturkampfes gegen die Juden geknüpft.

Der Prozeß Mierendorff und seine Lehre.

Aus H e i d e l b e r g wird uns geschrieben: Wie erinnerlich, kam es am Tage der Beisetzung des früheren Reichsfinanzministers Rathenau auch hier zu größeren Ruhestörungen, die in dem Sturm aufgehetzter Volksmassen auf das von dem berühmten Physiker und Nobelpreisträger Geheimrat L e n a r d geleitete radiophysikalische Institut und der als „Schutzhaft“ bezeichneten, von wüsten Drohungen, Beschimpfungen und Tätlichkeiten begleiteten Abführung des Anstaltsvorstandes in das hiesige Amtsgefängnis gipfelten. Anlaß dazu gab der Umstand, daß Geheimrat Lenard einem von der badischen Regierung für jenen Tag erlassenen Befehl zur Einstellung des Lehrbetriebs und zur Hissung der Flagge auf Halbmast angeblich aus politischen Gründen nicht nachgekommen sein sollte — Grund genug für die Heidelberger Marxisten, dem berühmten, ihnen wegen seiner nie verleugneten deutschvölkischen Gesinnung längst verhaßten Gelehrten nach gewissen Mustern einen „Denkzettel“ zu versetzen. Wegen dieser Vorgänge hatten sich nun am Montag, den 10. ds. vor der Strafkammer des Heidelberger Landgerichts der cand. rer. pol. M i e r e n d o r f f, der zu jener Zeit in der hiesigen Sozialdemokratie eine gewisse Rolle spielte, sowie eine Anzahl Beamter und Mitglieder der hiesigen freien Gewerkschaften unter der Anklage des Land- und schweren Hausfriedensbruchs zu verantworten. Hauptbeschuldigter war cand. Mierendorff, weil er nachweislich an jenem Nachmittag die im Gewerkschaftshaus anwesenden marxistischen Arbeiter darauf hingewiesen hatte, daß im physikalischen Institut voraussichtlich gearbeitet werden würde, was dann den Zug der Volksmassen zum Institut und den sich daran anschließenden Sturm zur sicherlich nicht unbeabsichtigten Folge hatte. Die Verhandlung ergab, daß die Anklage durchaus zu Recht erhoben worden war, während bezüglich des Geheimrats Lenard festgestellt wurde, daß er einen Brief des Universitätsrektors, in dem ihm von jenem „Befehl“ der Regierung zum Halbmasthissen der Flagge Mitteilung gemacht worden war, erst gegen 1 Uhr nachmittags erhalten und nicht mehr geöffnet hatte; im übrigen erklärte Geheimrat Lenard bestimmt, daß er einem Befehl der Regierung niemals absichtlich zuwidergehandelt habe, wie er auch nach erfolgter Aufklärung tatsächlich die Flagge des Instituts auf Halbmast setzen ließ. Das Bezeichnende und Typische des Falles liegt aber in anderen Umständen. Zunächst steht fest, daß — wie bei der Kürze der Zeit zwischen dem „Befehl“ der Regierung und seiner möglichen Ausführung gar nicht zu vermeiden war — nicht nur das Physikalische Institut, sondern auch noch andere öffentliche Gebäude an jenem Nachmittag nicht die Flagge aufgesetzt hatten; wenn also nur das von den Marxistenführern aus diesem Anlaß gestürmt wurde, so ist klar, daß nicht die angebliche Versündigung wider den Geist des großen Rathenau oder die Nichtbefolgung eines Befehles der Regierung, sondern ausschließlich die politische Gesinnung Geheimrat Lenards der Grund war, der den Heidelberger Marxisten den Grund zum Sturm auf das Physikalische Institut mit den daran anschließenden Scheußlichkeiten abgab. Ein typisches Bild bot auch der Gerichtssaal. Auf der Angeklagtenbank wie im Zuhörerraum verhetzte deutsche Arbeiter, Republikaner und Feinde des Kapitalismus, von marxistischen Literaten und jüdischen Rechtsanwälten zu sinnloser Wut aufgestachelt gegen einen der ersten deutschen Geistesarbeiter, dessen hohe Verdienste um Wissenschaft und Menschheit unbestritten sind, weil er einem jüdischen Großkapitalisten, der bis zum 9. November 1918 ein erklärter Monarchist war, nicht die schuldige Reverenz erwiesen haben sollte! Unter den Verteidigern trat vor allem der Karlsruher Marxistenführer und Landtagsabgeordnete M a r u m hervor, der sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, seinem Rassengenossen Rathenau ein inbrünstiges Loblied zu singen und über die Verruchten, an denen der Tod dieses „großen Mannes“ ohne die pflichtgemäße Seelenerschütterung vorübergegangen war, den großen Bannfluch auszusprechen. Zu einem dramatischen Zwischenfall kam es dabei, als sich dieser jüdische Herr erdreistete, die Wahrheit der Aussagen des großen deutschen Naturforschers anzuzweifeln, worauf der Geheimrat Lenard in berechtigter Erregung den Vorsitzenden um Schutz gegen weitere — jüdische Verhaltungsweisen dieses Herrn bat, da er sonst den Saal verlassen müsse. Daß dann weiterhin dieser durch Aussehen, Redeweise und Gebärden das unverfälschte Bild des Orientalen bietende Herr den zwar in Preßburg geborenen, aber der Abstammung nach rein bayerischen Geheimrat Lenard den Zuhörern als zweifelhaften deutschen Volksgenossen hinstellen durfte, ohne schallende Heiterkeit hervorzurufen, zeigte deutlich, wie sehr sich bei uns die Massen über das, was das Wesen des Deutschen ausmacht, noch im Unklaren sind, und wo daher die Aufklärung bei uns — und die Erziehungsarbeit an den Juden zunächst einzusetzen hat. Immerhin war aller Aufwand orientalischer Theatralik, mit der Herr Marum nicht geizte, vergeblich; vom Gericht wurde der Hauptangeklagte Mierendorff zu vier, zwei weitere Angeklagte, die an den vorgekommenen Gewaltsamkeiten und Körperverletzungen besonders beteiligt waren, zu drei bezw. fünf Monaten verurteilt. Vergleicht man damit die Strafen, die unlängst in München gegen die Nationalsozialisten verhängt wurden, die nach gröbsten Beschimpfungen in das Gebäude der „Münchner Post“ eingedrungen waren, um sich für die ihnen widerfahrene Angebühr zu rächen, oder gar die drakonische Strafe von 2 Jahren, die soeben vom „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik“ der Redakteur Hottenrott erhielt, weil er einige durch keine Verhandlung als unrichtig erwiesene tatsächliche Angaben über das Vorleben des jetzigen Reichspräsidenten nachgedruckt hat, so wird man diese Strafen gewiß nicht hoch finden können. Für die Gesinnung des Geheimrats Lenard ist bezeichnend, daß er auf die Aufforderung des Vorsitzenden, sich über die ihm damals widerfahrene Behandlung zu äußern, ein Eingehen in die Einzelheiten ablehnte und sich auf die Bemerkung beschränkte, diese ihm widerfahrene Behandlung — er war tatsächlich geschlagen, als „Mörder“ beschimpft und mit Totschlagen sowie mit Hinabwerfen in den Neckar bedroht worden — s e i e i n e S c h m a c h f ü r d i e S t a d t H e i d e l b e r g n o c h i n 100 J a h r e n. Trotzdem hatte Geheimrat Lenard einen Strafantrag gegen die Täter nicht gestellt und die an den Vorgängen beteiligten Arbeiter ausdrücklich als „Verführte“ entschuldigt. Damit hatte er in der Tat den springenden Punkt bezeichnet, und es wäre nur zu wünschen, daß endlich unsere Handarbeiter ihre wahren Freunde erkennen und ihnen nach Abschüttelung des jüdisch-marxistischen Geistesjoches die Hand zum Aufbau eines neuen Deutschlands reichen möchten.

—M—.

Herr Scheidemann in Bild und Schrift.

Der „Vorwärts“ brachte in seiner wöchentlichen Bilderbeilage neulich ein „Parteigeschichtliches Erinnerungsblatt aus dem Wahlkampfe von 1903“. Dieses Erinnerungsblatt stellt den weltgeschichtlichen Augenblick dar, als Bebel Herrn Scheidemann als Reichstagskandidaten zu Solingen empfohlen hatte. Die Photographie zeigt eine Anzahl selbstzufriedener Genossen jener Zeit, in der Mitte Bebel, neben ihm S c h e i d e m a n n. Auf dem linken Flügel steht, beiläufig bemerkt, Herr Fritz Ebert, in einer Stellung, die man vielleicht verwegen nennen könnte, und die von Reiz ist, immmerhin nicht von so intimem, wie ein anderes, berühmtes Bild. Der „Vorwärts“ nennt unter dem Bilde nicht Eberts Namen. Warum wohl nicht? Findet das Blatt, daß das nicht paßt?

Also Herr Scheidemann! In dem Prozesse gegen seine Casseler Attentäter tat er den vom „Reichswart“ festgehaltenen Ausspruch, niemand sei so hoch gestellt, daß er nicht in die Lage kommen könnte, in gerichtlicher Verhandlung aussagen zu müssen. Daß er sich zu Großem und Hohem schon vor zwanzig Jahren berufen und auserwählt fühlte, zeigt das „Parteigeschichtliche Erinnerungsblatt“ ergreifend, wenn nicht erhebend. Schon die schön und sorgfältig geschwungenen Linien seines malerischen Hutes hätten nicht einen Photographen, sondern den Pinsel eines Gainsboroughs verdient. In lässiger, kraftvoller Anmut, den Havelock ebenso ungezwungen, dabei stattlich auf den männlichen Schultern, die unverdorrte Rechte kraftvoll und leicht auf der Krücke des Regenschirms, so steht er da, Herr Scheidemann, den seine Genossen respektvoll neckisch Philipp den Schönen nannten. Nach diesem Bilde wird niemand zu leugnen wagen, daß er den Namen nicht nur verdiente, sondern daß dieser nur ein schwacher Ausdruck dessen war, was die Photographie von 1903 kündet. Den Ausdruck des Gesichtes, besonders den Blick zu schildern, diesen Blick, den man als ein strahlendes Dokument der Selbsteinschätzung bezeichnen könnte, — ist in der nüchternen Prosa nicht möglich. Es ist der Blick des kommenden, dabei schönen, Mannes. Es ist schwer, sich aus seiner bezwingenden Macht zu entfernen, aber es muß sein, denn der beschränkte Raum des „Reichswarts“ macht es zu einer grausamen Notwendigkeit.

Herr Scheidemann blieb nicht der kommende Mann. Seine Zeit kam, und vor dem Kriege schon galt er als würdiger und fähiger Nachfolger Bebels. Im engeren Kreise hochgestellter Genossen hat man freilich schon damals den Kopf darüber geschüttelt, daß der alte Bebel Herrn Scheidemanns politische Fähigkeiten so völlig verkennen und überschätzen konnte; kurz ausgedrückt: daß er da etwas vorhanden glaubte, wo in Wirklichkeit nichts war. Es war die gleiche Ueberschätzung und Fehlerquelle des Urteils, welche Scheidemann später lange Jahre hindurch an die hervorragendsten Stellen setzte, welche die S. P. D. zu vergeben hatte. Während des Krieges hatte Herr Scheidemann bei weitem das größte Wort. Nicht nur er, sondern auch seine Genossen, ja alle Kreise, welche man unter der damaligen Mehrheit des Reichstages zusammenfassen konnte, bewunderten in Scheidemann den wortgewaltigen Staatsmann und waren stolz darauf, daß das arbeitende Volk einen solchen Phönix hatte hervorbringen können. In der Tat, las man Scheidemanns Artikel im „Vorwärts" und seine Reden während des Krieges, so mußte man denken, daß ein Mann, der so spricht, von unbändiger Tatkraft und von einer seltenen Zielsicherheit sein müßte. Um das Jahr 1918 hatte sich Scheidemann einen tatsächlich maßgebenden Einfluß in Deutschland erredet. Im Herbst 1918 hätte er durch Betätigung dieses Einflusses im Einklang mit Hindenburg und Ludendorff Deutschland retten können. Er wählte anders. Scheidemanns großer Augenblick kam: „das Volk hatte auf der ganzen Linie gesiegt", Herr Scheidemann, erst einer der „Volksbeauftragten", dann Nachfolger Bismarcks als Kanzler, hatte nun die Gelgenheit, große Taten zu tun, nachdem er zwanzig Jahre hindurch große Worte gesprochen hatte. Er tat sie nicht. Er blieb bei den großen Worten, hatte noch den einen großen Augenblick, als er schwur, seine Hand solle eher verdorren als den Vertrag unterzeichnen, und ging als Oberbürgermeister nach Kassel. Das Blausäureattentat gegen ihn wurde begangen und danach durfte er noch einmal etwas Großes erleben, nämlich die Gerichtsverhandlung. Sie ist seinerzeit im „Reichswart" ausführlich behandelt worden. Wiederum ward es still in Kassel.

Einige Artikel, die Herr Scheidemann neulich im Blatte seines Freundes Viktor Hahn erscheinen ließ, offenbarten die Ursache des Schweigens: es geht nicht mehr mit dem Schreiben, auch nicht mehr mit dem Reden. Sucht man nach einer höflichen Deutung, so müßte man folgern, daß das Amt eines Oberbürgermeisters in Kassel geistige Produktivität lähmt. Jedenfalls geht es nicht mehr. Jedoch zeigte Herr Scheidemann in einem seiner Artikel neulich, daß er sich seine, im tiefsten Grund unsoziale Gesinnung bewahrt hat. Er sprach von Arbeitslosigkeit (siehe auch den Aufsatz: „Sie töten den" usw.) und sagte in dem Zusammenhang, es sei doch nicht angängig, beispielsweise einen Kunstschlosser mit Graben zu beschäftigen. Habe dieser also keine Arbeit, so müsse er entsprechende Unterstützung erhalten. Herr Scheidemann sei ergebenst gefragt, was er denn von den Millionen geistiger Arbeiter in Deutschland und früherer Offiziere denkt, die seit der Revolution unbedenklich **jede** körperliche Arbeit nehmen müssen, ohne danach zu fragen, in welchem Verhältnis sie zu dem Berufe steht, den sie früher gelernt und ausgeübt haben. Täten sie das nicht, warteten sie auf „passende Arbeit", so würden sie verhungern und Herr Scheidemann würde das nur in der Ordung finden und sagen: ja, warum haben die Leute nicht irgendeine Arbeit genommen? Handelt es sich aber um organisierte sozialistische Arbeiter, dann ist die Sache ganz anders. Einen zweiten Aufsatz schrieb vor kurzem Herr Scheidemann über die „Deutschvölkische Gefahr". Er verdient aus noch anderen Gründen Beachtung.

Vorausgeschickt sei, daß Herr Scheidemann, der Hochgestellte, den Artikel **nach** der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über das Verbot der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" geschrieben hat. Herrn Scheidemann waren also, als er schrieb, die Verhandlungen in Leipzig inhaltlich bekannt, er kannte die Begründung des Leipziger Erkenntnisses, er kannte auch die ausführlichen Darstellungen und Kommentare in den völkischen Organen. Trotzdem schreibt Herr Scheidemann folgendes:

Die „Deutschnationale Volkspartei" sei die Mutterpartei der „Deutschvölkischen Freiheitspartei". Das ist eine längst erwiesene, sogar vom Staatsgerichtshof anerkannte Unwahrheit.

Herr Scheidemann schreibt: „Die Herren Graefe und Wulle haben mit dankenswerter Offenheit gesagt, daß die „Deutschvölkische Freiheitspartei" nur der Deckmantel sei für viele andere Organisationen," und daß die Programme der Deutschvölkischen und der National-Sozialisten einander deckten. Das ist eine ebenfalls erwiesene und vom Staatsgerichtshof als solche anerkannte Unwahrheit.

Herr Scheidemann schreibt: daß die „Mitglieder der geheimen Organisationen, die auch unter dem Deckmantel der Deutschvölkischen arbeiten" usw. Das ist eine durch nichts bewiesene und vor dem Staatsgerichtshof nicht einmal ernsthaft vertretene Unwahrheit.

Herr Scheidemann behauptet, der seinerzeitige Besuch Roßbachs beim Reichskanzler sei ein infam erfundenes Märchen. Woher weiß Herr Scheidemann das? Das Gegenteil konnte er sehr leicht feststellen.

In **einem** kurzen Artikel behauptet Herr Scheidemann, und zwar als Hauptpunkte, drei Unwahrheiten, die er als solche hätte kennen müssen. Kannte er sie nicht, so hat er nicht mit der Gewissenhaftigkeit sich über die Tatsachen und die Wahrheit unterrichtet, die ein Gebot selbstverständlicher Pflicht ist, zumal wenn es sich um Behauptungen über Persönlichkeiten oder eine Partei handelt. Herr Scheidemann ist Volksbeauftragter und Reichskanzler gewesen, er ist hochgestellt und seit Jahrzehnten Abgeordneter, und doch schreibt er unbedenklich solche tatsächliche Unwahrheiten.

Am 13. Mai fand im Reichstag die Interpellation über das Verbot der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" statt. Für die Sozialdemokraten hielt Herr Scheidemann die Rede. Auch da erklärte er die notorische Unwahrheit: „Wir würden daher auch dem Verbot der sogenannten „Deutschvölkischen Freiheitspartei" nie unsere Zustimmung gegeben haben, wenn wir nicht den Beweis als geliefert ansehen müßten, daß diese sogenannte Partei nichts anderes ist als eine Verschwörergesellschaft". Die **vorherigen** Leipziger Verhandlungen haben bekanntlich das Gegenteil ergeben, also wieder eine Unwahrheit. Herr Scheidemann behauptete auch wieder die andere Unwahrheit, daß der Name der Partei der Deckname für gemeingefährliche Organisationen sei, der „Sammelname für gewisse Mörder- und Verschwörerorganisationen." Herr Scheidemann hat im Reichstage die alte vor dem Staatsgerichtshof als solche nachgewiesene und anerkannte Unwahrheit von dem „Organisationsplan" der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" und die weitere Unwahrheit von ausgearbeiteten militärischen Plänen der Völkischen gegen Berlin und Thüringen vorgebracht. Alles das ist nicht nur nicht wahr, sondern Herr Scheidemann mußte wissen, daß es nicht wahr ist, es war seine Pflicht als Abgeordneter und als unbescholtener Mann, sich vorher zu unterrichten.

Herr Scheidemann hat seine Rede im Reichstage abgelesen. Ob er oder ein Anderer sie gemacht hat, muß dahingestellt bleiben. Dahin ist es gekommen, nach einer so großen Vergangenheit, nach einer Vergangenheit so großer Worte. Die Rose blättert sich, wie Schiller von seiner Minna, als sie vorüber ging, sagte. Er sagte allerdings noch sehr viel härtere Dinge, aber Minna stand auch nicht unter den Kanonen des Gesetzes zum Schutze der Republik. Herrn Scheidemann, dem hochgestellten Manne, der sicher viel größere Worte machen konnte und gemacht hat, als sein mäßiger Vorgänger Bismarck, sei mit dem Respekt, welchen der „Reichswart" Herrn Scheidemann immer entgegengebracht hat, der Rat gegeben, keine Artikel mehr zu schreiben und keine Reden mehr zu halten. Sonst wird dem deutschen Volke der Nimbus Herrn Scheidemanns verloren gehen. Dieser ist aber einer der höchsten idealen Werte des neuen Deutschlands. Möge also die heutige ernste Warnung nicht zu spät kommen!

Die heutige Nummer enthält die Monats-Beilage „**Deutsches Schrifttum**", Nr. 6 (11/12) Herausg. Prof. Adolf Bartels.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: O. Lang, Berlin. Verlag: „Der Reichswart", Verlagsges. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 11, Hedemannstraße 12.

Unterrichtsanstalten, Pensionate, Erziehungsheime, Sanatorien

Dir. Eckes Höh. Vorbereit.-Anstalt, **Bln.-Steglitz**, Fichtestr. 24 Stegl. 1562 Alle Klassen (gymn. u. real), Einj. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883. 2 Villen inmitten großer Gärten.

Berlin, Zietenstr. 22, Fischer's Vorber.-Anstalt f. alle Schulexamina. Abtlg. ab U-III. Gegr. 1888. Internat.! Damenvorbereitg.! Zahlenang. unerr. Vorz. Erfolge! Prosp. Dir. Fischer, Oblt. d. R. a. D.

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM — HERMANNSWERDER 120
JUGENDHEIM (vom 2. Jahrean) mit LYZEUM f. Mädchen und jüngere Knaben. FRAUENSCHULE mit staatlicher Berechtig. HAUSHALTUNGSSCHULE. ERHOLUNGSHEIM. Idyllische Lage am Wald und Wasser. Seminar für Hauswirtschaftslehrerinnen. Kurse für Privat- und Gutssekretärinnen.

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey - Otto - Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Dr. Weiß
Asthma-Kurhaus
Berlin-Südende

Tannenhof i. Vogtland Heilungs- u. Kuranstalt Friedrichsgrün

康大 Alt-China
Porzellan
Buddhas usw.
Japan-Kunst
große Auswahl günstige Preise
Th. Bohlken, Kurfürstenstraße 122.

Browning, Kal. 7,65 M. 80000, Kal. 6,75 M. 80000, Mauf. M. 95000, Jagdwaff. Benekendorff, Bln.-Friedenau, Rheinstraße 47.

Bankgeschäft Willi Bruß, Berlin-Wilmersdorf
Brandenburgische Straße 69
Telefon-Anschlüsse: Pfalzburg 1027, 6711, 6712, 6713 / Telegramm-Adresse: Ordrebruß-Berlin / Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 106016 / Filialen in: Stettin, Hohenzollernstraße 13; Wismar, Altwismarstraße 5; Bamberg, Luitpoldstraße 18; Potsdam, Waisenstraße 54; Rostock i. M., Schnickmannstraße 10.
An- und Verkauf von Effekten / Scheckverkehr
Prompte Ausführung aller Bank- und Börsengeschäfte

Nationaldeutsche Versandbuchhdlg.
Kurt-Fritz Schwarz, Berlin N., Brüsselerstr. 36 + Moabit 4072
Die Buchhandlung völkischer und nationaler Kreise empfiehlt
Deutsche Literatur
Fach-, Reise, Schöne Literatur
Burg, Der Eiserne Nord, geb. 4.—
Schreckenbach, Sühne, geb. 2.—
Hagener, Lava, geb. 2.—
mit Teuerungszuschlag
Sämtl. i. „Reichswart" u. i. „Deutschen Schrifttum" besprochenen Werke werden schnellstens geliefert

G. Hezekiel, Stille vor dem Sturm
in geschmackvollem Halbleinenband 3.— Grundpreis mal Schlüsselzahl des deutschen Buchhandels (am 1. 6. 3300).
Ein deutscher Roman! Berlin u. die Mark sind die Orte der Handlung. Die Erhebung 1812 bildet die Grundlage. Eine Fülle von Gestalten geht durch das Buch. Eine feine geistvolle Heiterkeit schwebt über der Tragik. Das Ganze — ein Deutsches Buch voll Adel, Kraft und Optimismus.
Wertbuchhandlung A. Saatmann & Sohn, Schwerte (Ruhr).

Pferdegeschirre
Wagenplane, Ernteplane, Schlafdecken, Pferdedecken, Stiefel, Lederbekleidung
liefert preiswert
Landwirtschaftliche Bedarfsartikel G. m. b. H.,
Berlin SW 47, Großbeeren-Str. 51

Emil Beck
G. m. b. H.
Speditions-Geschäft
BERLIN SW 61, Tettower Str. 47-48
Fernsprecher: Nollendorf Nr. 2309 u. 2341
Telegramm-Adresse: Flügelbeck

Tafel-Oele
von 15 Liter an, hat preisw. abzugeb. Rich. Leander, Düsseldorf.

Pferde
für Luxus und Gebrauch, direkt vom Züchter. BERLIN, Schiffbauerdamm 21.

Lieferung vollkräftiger Krankenanstaltungen

Reichswartleser!
Wenn Sie in Ihrem Haushalte Bedarf in Bett- oder Tischwäsche, Hand-, Wisch- oder Taschentüchern, Hemdentuchen od. Schürzenstoffen usw. haben sollten, so ford Sie umgehend Muster u. Preise von
Emil Horter, Leinen- und Baumwollwaren
Schönwalde, Kr. Sorau

Lieferung vollkräftiger Krankenanstaltungen

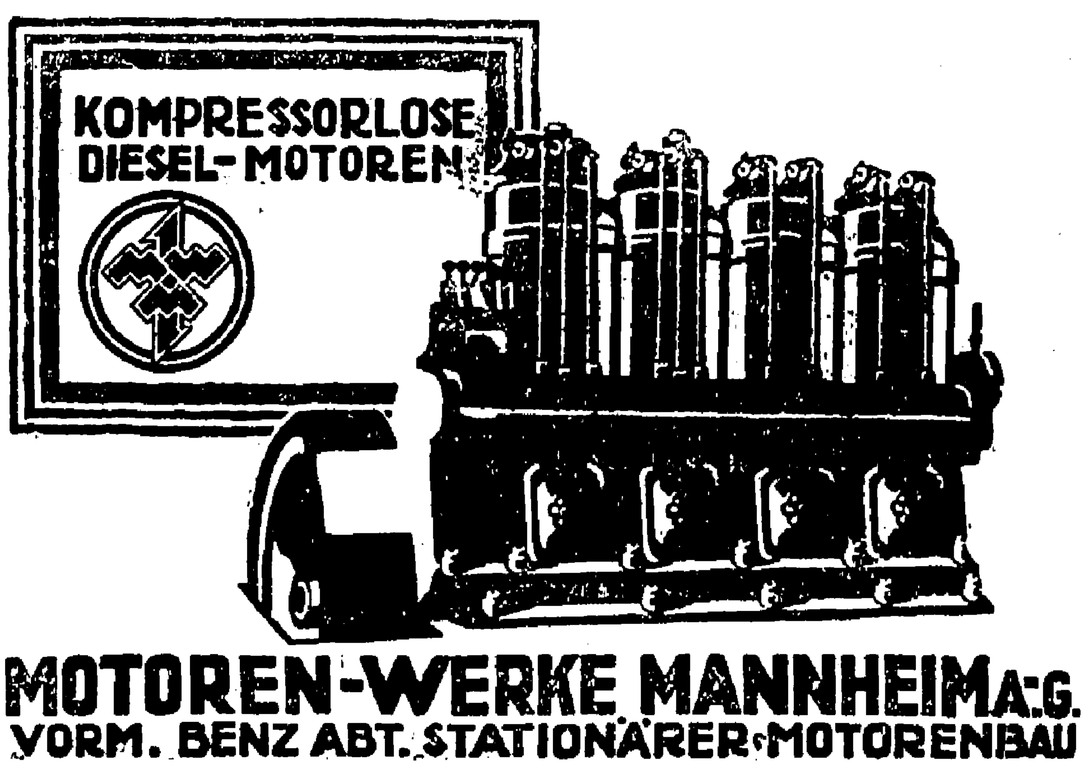
Blonde u. hellängige Deutsche organisiert Euch geistig u. wirtschaftlich in der Germanisch. Gesellschaft!
Auskunft erteilt (gegen Rückporto)
Erich Werner.
Charlottenburg, Kirchstraße 21.

Reklamepreis nur 16800 Mark
Nur 16800 M. kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr
Nachts leuchtend nur 1500 M. mehr.
Nr. 52 stark vernick. ca 30 std. Werk, genau regulert nur 16800
Nr. 53, dies., m. Scharn., nur 18000
Nr. 51, dies., echt versilb., m. Goldr. u. Scharn., nur 19100
Nr. 55, dieselbe mit bess. Werk, ... nur 21000
Nr. 39, Damenuhr, versilb., mit Goldrand nur 23800
Nr. 74, dies., kl. Fm., nur 33000
Metall-Uhrkapsel ....nur 700
Panzerkette, vernickelt... 600
„ echt versilb. 2000
„ echt vergold. 3600
Nr. 47, Armbanduhr mit Riemen 23450
Wecker, pr. Messingw. nur 18500
Garantie für jede Uhr.
Von den Uhren verk. jährlich ca. 10000 Stück.
Uhren-Klose, Berlin 260, Zossener Str 8

Jüng. Fräulein
(Anfängerin)
mit guter Handschrift, zur Führung der Bezieher-Kartei und Schreibmaschine,
zum 1. Juli gesucht.
„Reichswart", Dessauer Straße 6 III.

Herzliche Bitte.
Welcher edeldenkende Menschenfreund hilft mir aus Not und Verlegenheit und gibt mir die Mittel zur Anschaffung orthopädischer Stiefel. Off. unt. 3998 a. d. „Reichsw." erb.

Gottfried zur Beck:
Die Geheimnisse der Weisen von Zion
7. Auflage (nur geheftet) ..... Mk. 7 260.—
Hans Blüher:
Secessio Judaica Geheftet .. Mk. 4 950.—
Gebunden ..... Mk. 8 250.—
Henry Ford:
Der internationale Jude 2 Bde. Mk. 10 890.—
Gebunden ..... Mk. 16 555.—
Zu beziehen durch die
Reichswart-Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 11,
Dessauer Straße 6
Postscheckkonto Berlin 88 714



MOTOREN-WERKE MANNHEIM A.-G.
VORM. BENZ ABT. STATIONÄRER MOTORENBAU

Juwelen
Ankauf, Kommission, Verkauf von Perlen, Platin, Gold- u. Silbergegenst. jed. Art
Juwelengesellschaft
Graf H. von Einsiedel & J. Schulz *)
BERLIN NW 7, Unter den Linden 56.
Alleinige Vertragsfirma des Wirtschaftsbundes für den deutschen Adel E. G. m. b. H.
*) J. Schulz, früh. Mitarbeiter d. Hofjuweliers W. Bolin in Moskau.